

Prämien- entlastung.

**Kranken-
kassen-
Initiative**

Ja!

19. Mai 2019

**Mee
dinne!**



Worum geht es?

Die Krankenkassen-Initiative der CVP fordert, dass die Verfassung des Kantons Basel-Stadt (§ 61. Abs. 1^{bis}) wie folgt ergänzt wird:

«Selbstbezahlte Prämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung können vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden, wobei mindestens die günstigste im Kanton Basel-Stadt angebotene Prämie abzugsfähig sein muss.»

Soweit sie selbst bezahlt werden, sollen die obligatorischen Prämien vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Genauso wie dies auch bei den übrigen obligatorischen Versicherungen (AHV, BVG etc.) der Fall ist. Dabei kann die Abzugsfähigkeit limitiert sein auf die günstigste im Kanton angebotene Grundversicherungsprämie.

Wer profitiert?

Alle, die ihre Prämien (zumindest teilweise) selber zahlen. Am meisten profitieren diejenigen, die ihre Prämien vollständig selber zahlen, keine staatliche Unterstützung erhalten und Steuern zahlen.

Eine grosse Entlastung bringt die Initiative beispielsweise für Familien mit Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren, die in Ausbildung sind, daheim leben und dadurch nicht in den Genuss von Prämienverbilligungen kommen. Die Prämien für junge Erwachsene sind hoch und können einen Familienhaushalt stark belasten.

Für Senioren bringt ein steuerlicher Abzug der Prämien ebenfalls eine spürbare Entlastung. Die finanzielle Situation verschlechtert sich oft mit der Pension, die Prämien bleiben aber hoch und belastend. Ein JA zur Krankenkassen-Initiative schafft auch hier Abhilfe.



Was kostet das den Kanton?

Da der abzugsfähige Betrag auf die günstigste im Kanton angebotene Grundversicherungsprämie begrenzt werden kann, wird auf die Kantonsfinanzen Rücksicht genommen. Im Sinne der Initianten belaufen sich die Kosten auf **maximal 30 bis 80 Millionen Franken**. Der finale Betrag ist abhängig von der Umsetzung durch das Parlament.

Keine 200 Millionen!

Regierungsrätin Eva Herzog behauptet, die Initiative würde 200 Mio. Franken kosten. Sie geht dabei aber von Annahmen aus, die nicht im Sinne der Initianten sind. Sie rechnet z.B. mit dem Abzug der teuersten Prämie. Eine Forderung, welche die Initianten nicht stellen.

Berechnung der Kosten

Die Regierung selber hat 2016 eine Kalkulationsbasis geliefert. Je nach Versicherungsmodell und Franchise berechnete sie damals Steuerausfälle zwischen ca. 30 und 80 Mio. Franken.

Diese Kalkulation berücksichtigte nur Prämienabzüge für Erwachsene. Die Initianten möchten Kinderprämien aber ebenfalls abzugsfähig machen, was die Kosten erhöht. Andererseits wird mit der im Februar 2019 angenommenen Steuervorlage der Versicherungsabzug erhöht, was die damals kalkulierten Kosten reduziert, da dieser Anteil schon umgesetzt wird. Rechnerisch heben sich diese beiden Effekte auf, womit die Kosten bei den von der Regierung berechneten 30 bis max. 80 Mio. Franken bleiben.

In den letzten 10 Jahren hat der Kanton jährlich Überschüsse zwischen 85 und 280 Mio. Franken gemacht. Also mehr Steuern einkassiert als benötigt. Im gleichen Zeitraum sind die Krankenkassenprämien im Schnitt um rund 50 % gestiegen.

Wieso JA stimmen?

Mit der Krankenkassen-Initiative werden endlich diejenigen Baslerinnen und Basler entlastet, die ihre Prämien selber bezahlen. Und aufgrund der Mechanik des Steuerabzugs verpufft die Entlastung nicht, wenn die Prämien steigen: der Abzug steigt dann mit.

Damit schafft die Krankenkassen-Initiative eine wertvolle und spürbare Entlastung – vor allem für die mittleren Einkommen.

- ✓ Bezahlen Sie Ihre Krankenkassenprämien selber?
- ✓ Bekommen Sie keine (oder nur teilweise) Prämienverbilligungen?
- ✓ Bezahlen Sie Steuern?
- ✓ Belasten Sie Ihre Krankenkassenprämien stark?
- ✓ Sind Sie der Meinung, dass der Kanton sich bei einem Überschuss von 283 Mio. Franken den Abzug leisten kann?

**Dann stimmen Sie am 19. Mai
JA für die Krankenkassen-
Initiative!**

